

## Das EU-USA Abkommen: Gefahr für Klima und Demokratie

Donald Trumps Agenda beläuft sich daraus, die wirtschaftliche und politische Macht der USA abzusichern. Die Ziele des „Liberation Days“ vom April 2025 laufen oberflächlich betrachtet darauf hinaus, Handelsungleichgewichte mit anderen Ländern zu beseitigen und dadurch die relative Macht der USA zu stärken. Somit drohte er der EU mit bis zu 50% Zöllen auf Waren, was jedoch ein blindes Auge gegenüber dem Dienstleistungshandel zwischen der EU und der USA hinterlässt, in dem die USA einen Überschuss von ca. 150 Milliarden aufweisen.

### *Abkommen im Überblick*

Die Meinungen, wie mit Trumps Zollpolitik umzugehen sei, gingen von Beginn an auseinander. Doch angesichts der potenziellen Verluste von 549 Milliarden Euro, schloss die EU-Kommission im August 2025 einen Deal, der einerseits ein konkretes Zoll-Abkommen und andererseits auf weitere Vereinbarungen beinhaltet, die in einem sogenannten Rahmenabkommen zusammengefasst sind.

*Inhalte des Zollabkommens:* Vor dem aktuellen Deal zahlten US-Importe zwischen 2 und 3% auf ihre Importe. Mit dem Abkommen werden nun alle US-Güter zollfrei. Der Zoll von 0% steht einem 15%

Zoll von europäischen Importen in die USA gegenüber<sup>1</sup>.

*In weiterer Folge sind Elemente des Rahmenabkommens:* Abbau von Handelshemmnissen (z.B. Tech-Regulierungen, globale Mindeststeuer auf Großkonzerne); Senkung von Qualitätsnachweisen für landwirtschaftliche Produkte; Verwässerung des Green Deals (z.B. Entwaldungsverordnung, Lieferkettengesetz); Kauf von Erdöl und Flüssiggas für 750 Milliarden US-Dollar bis 2028; gemeinsames Vorgehen bei der Beschaffung von Rohstoffen in Ländern des globalen Südens; 600 Milliarden US-Dollar europäischer Investition in „strategischen“ Sektoren in den USA;

---

<sup>1</sup> Ausgenommen sind Stahl und Aluminium, auf die ein 50% Zollsatz gilt.

Senkung von Standards im Autosektor; mehr Waffenkäufe direkt aus der USA.<sup>2</sup>

Die Gefahren dieses Abkommens liegen einerseits im politischen Signal der EU, hier intern nicht geeint aufzutreten und andererseits Trump so schnell nachgegeben zu haben. Sollte dieser Deal umgesetzt werden, wird er jedoch auch innerhalb der EU auf lange Sicht schädlich sein, denn er steht der dringend notwendigen sozial-ökologischen Wende komplett entgegen. Ergänzend dazu, wird sich das undemokratische und intransparente Vorgehen mittelfristig negativ auf den Zusammenhalt und das demokratische Miteinander in der EU auswirken.

Wir haben die größten Risiken des Abkommens im Detail beleuchtet:



### **Risiken für die Demokratie**

Bei sonstigen Handelsabkommen ist es für die Kommission notwendig, auf Grundlage eines von den Ländern ausgestellten Mandates zu agieren. Ein solches fehlte, genauso wie die ansonsten üblichen Folgenabschätzungen und öffentlichen Konsultationen, an denen auch zivilgesellschaftliche Akteure teilnehmen können. Auch die vorläufige Anwendung, bevor das EU-Parlament dem Abkommen

---

<sup>2</sup> Die Sonderbehandlung, die die EU mit dem Abkommen den USA einräumen würde, verstößt gegen die Regeln der WTO (Welthandelsorganisation). Damit steigt das

zugestimmt hat, entspricht nicht den bisher üblichen demokratischen Prozessen der EU.

Angesichts der weitreichenden Konsequenzen dieses Abkommens in europäische Politikbereiche von Umwelt, Klima, Arbeit, Mobilität, Ernährung, Energie und Digitalem, ist dieses Vorgehen höchstbedenklich. Denn, auch im Unterschied zu anderen Abkommen, deren Umwelt- und Sozialauflagen zwar immer zu wenig priorisiert werden, gibt es solche im EU-USA Deal gar nicht. Auch die Zusagen zu „substanziell erhöhten“ Waffeneinkäufen und Milliarden-Investitionen in US-Wirtschaft widersprechen jeder demokratischen Legitimation in der EU. Der politische Handlungsspielraum von demokratischen Kräften innerhalb der EU, diese Bereiche mitzugestalten würde dadurch massiv eingeschränkt werden. Ein weiteres Risiko besteht auch darin, dass die EU sich zu hochriskanten Investitionen von Hunderten Milliarden Euro verpflichtet hat – wohin diese Investitionen gehen sollen, will die Trump Regierung festlegen.



### **Risiken für den Klimaschutz**

Die größte Gefahr für den europäischen Klimaschutz entsteht durch die Zusagen der EU-Kommission, fossile Energie im

Risiko von WTO-Klagen durch andere WTO-Mitglieder – und die EU verspielt dadurch gute Beziehungen zu anderen Partnern weltweit.

Wert von 750 Milliarden US-Dollar bis 2028 zu beziehen – das wäre eine Verdreifachung der aktuellen Einkäufe. Angesichts dessen, dass die Welt auf eine Erwärmung von 3 Grad (Österreich sogar 4 Grad) zusteuert, und der Umstieg auf erneuerbare Energie in der EU zu langsam vorangeht, würden mehr Importe von fossiler Energie aus den USA diesen Prozess noch weiter verlangsamen. Darüber hinaus würden die USA dadurch zum Hauptlieferanten von Energie für die EU werden – angesichts der Lektionen, die wir zuletzt zum Thema Abhängigkeit bei Gas und Öl gemacht haben, keine erstrebenswerte Position.

Der Großteil dieser Importe wird sich um LNG, Flüssiggas drehen. In den USA wird LNG meist durch Fracking hergestellt, wodurch ganze Landstriche in Gefahr durch Verschmutzung geraten. Die Klimakrise wird somit auch in den USA weiter angeheizt. Diese Methoden erhöhen auch das Krebsrisiko in der Region und gelten insgesamt als gesundheitsschädlich für Anwohner\*innen. LNG besteht darüber hinaus vor allem aus Methan. Daher wundert es nicht, dass US-Konzerne und die Trump Administration sich dafür einsetzen, dass die Methanverordnung der EU abgeschwächt wird.

In das Thema Energiewende fällt außerdem das Zugeständnis der EU, gemeinsam mit der USA Druck auf Drittstaaten mit hohen Rohstoffvorkommen zu machen. Beide Regionen benötigen mineralische Rohstoffe für ihre

Energiewende, doch auch für ihre Aufrüstungspläne oder Digitalisierung. Rohstoffreiche Länder, besonders im globalen Süden, sind von gerechter Rohstoffpolitik abhängig, um nicht für weitere Jahrzehnte ihre Rohstoffe billig in den globalen Norden verkaufen zu müssen, während lokale Entwicklungsoptionen eingeschränkt bleiben.



### **Risiken für Ernährungs-souveränität**

Streit um Handel mit landwirtschaftlichen Produkten hat Geschichte zwischen der EU und der USA. Während der Verhandlungen um das Handelsabkommen TTIP vor ca. 10 Jahren entbrannte dieser rund um die Frage, ob „Chlorhühnchen“ (also mit Chlor behandeltes Hühnerfleisch) nun vermehrt in der EU zu kaufen wären. Das Grundproblem war damals und heute das gleiche: in den USA gelten niedrigere Standards in Bezug auf Umwelt und Arbeit in der Produktion von Lebensmitteln; sollte der Handel mit diesen Produkten intensiviert werden, landen diese Produkte auch vermehrt auf den Tellern von Konsument\*innen in der EU. Betroffen wären davon besonders jene, die aus Gründen von Marginalisierung verstärkt Betroffen von Lebensmittelarmut sind. Darüber hinaus wären die Konsequenzen für europäischen (Klein-) Bäuer\*innen, die ohnehin schon unter finanziellem und klimatischem Druck leiden, fatal. Aktuell ist

günstigerer Marktzugang für unter anderem Schweinefleisch, Sojaöl und Nüsse geplant.

Ähnlich wie beim Thema Klimaschutz würde diese Handelspolitik dazu führen, dass agrarpolitische Schritte in genau die falsche Richtung gesetzt werden. Während die Krisen der letzten Jahre, von Corona bis Klima und Kriege gezeigt haben, dass die EU mehr auf regionale und nachhaltige Lebensmittelversorgung und das Konzept der Ernährungssouveränität setzen sollte, würde eine derartige Handelspolitik genau den gegenteiligen Weg einschlagen.



### Risiken für die Gesundheit

Eine derartige Entwicklung in der Agrarpolitik birgt auch Risiken für Gesundheit von Konsument\*innen im Ernährungsbereich. Gesundheitliche Risiken beschränken sich jedoch nicht nur auf Ernährung, sondern auch auf andere Sektoren. Prominent ist beispielsweise die Forderung der USA, die EU solle ihre Produktionsstandards im Automobilsektor, an den der USA angleichen. EU-Normen zur Sicherheit in der Produktion von Autos sind nicht vergleichbar mit jenen in den USA. Eine Anpassung würde demnach die Verkehrssicherheit von Autofahrenden und anderen sich rund um Straßen bewegend Menschen von Fußgänger\*innen bis Fahrradfahrer\*innen gefährden.



### Risiken für digitale Rechte

Ein besonderer Dorn im Auge der US-Administration sind sowohl existierende als auch angedachte Regulierungen von Seiten der EU gegenüber der Tech-Branche. Zentrale Konzerne wie Google und Meta haben ihre Sitze in den USA und lobbyieren gegen strengere Regeln in der EU. Die Trump Regierung nahm deren Forderungen in die Verhandlungen mit der EU auf. Das führt zu Verpflichtungen von Seiten der EU „ungerechtfertigte Barrieren für digitalen Handel“ abzubauen. Darunter würden in den Augen der USA zum Beispiel Plattform Regulierungen (Uber, AirBnB, usw.), Beschränkungen von Datentransfers oder Streaming Abgaben (z.B. Netflix) fallen. „Ungerechtfertigte Barrieren“ sind in den Augen von US-Konzernen auch Digitalsteuern, wie sie beispielsweise Österreich schon eingeführt hat.

Neben konkreten Auflagen, die nun im Rahmenabkommen stehen, knickt die EU schon seit längerem bei weiteren Vorhaben zum Schutz digitaler Rechte ein. So beispielsweise beim Thema Haftung durch AI, Verfahren gegen X oder Kartellverfahren gegen Google. Außerdem werden durch den sogenannten „Digital Omnibus“ auch weitere Forderungen, die immer wieder im Handelskonflikt aufkamen, umgesetzt.

### Fazit

Die Drohkulisse, die Trump gegenüber der EU aufgebaut hat, ist eine sehr düstere. Die Konsequenzen für alle Europäer\*innen, ihre Gesundheit, den Klimaschutz, ihre Arbeitswelt, ihre Mobilität und ihre digitalen Rechte sowie vieles mehr, wären dramatisch. Die EU muss hier einen anderen Kurs einschlagen. Ein Handelsdeal mit den USA darf nur auf Grundlage eines breit gesellschaftlich diskutierten Mandates und eines transparenten, demokratischen Verhandlungsprozesses abgeschlossen werden. Um die soziale und ökologische Schieflage in Europa abzuschwächen, müssen nachhaltige Investitionen und Pläne gemacht werden für eine Energiewende, Ernährungssouveränität, die Stärkung von Alltagsökonomie, Ausbau von digitalen Rechten und Aufbau öffentlicher Infrastruktur. Auch eine europäische Friedensarchitektur, die Resilienz gegen ökonomische und militärische Kriege schaffen soll, muss einen neuen Weg internationaler Beziehungen einschlagen, der nicht auf der Maximierung von Handelsströmen beruht, sondern Klimaschutz und Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt.